

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

11/11/18

Hannover, 20. Februar 1947

(Als Beitrag zum Tage des Beginns der Moskauer Konferenz gedacht. D.Redaktion)

Der Weg ohne Beispiel

von Peter Raunau

In Moskau, der Hauptstadt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, wird über das deutsche Schicksal entschieden werden. Die Zeit ist von ungewöhnlichen Geschehnissen so überfüllt, dass man über die einzelnen oft nicht allzu viel nachdenkt, ihren Gehalt nur selten voll ausschöpft. Und doch sollte man von Zeit zu Zeit an besonders auffallenden Wegmarkierungen Halt machen und sich erinnern. Vergessenheit empfiehlt nie, in der Politik ist sie ebenso gefährlich wie eine Erinnerung: zur rechten Stunde nützlich sein kann.

Im August 1939 holte Adolf Hitler die Sowjetunion durch die Überlassung der baltischen Länder und die Absprachen über Polen und Rumänien nach Europa hinein - er, der sich später angesichts des Pehlischlages seiner Spekulation wegen des angeblichen Vorrates Europas durch die Westmächte an Russland geradezu heiser schreit. Die gemeinsame Grenze, weit nach Westen vorgelagert, deren Überschreiten durch Hitler der Beginn des Endes war, wird durch Hitler selbst geschaffen. An dieser Grenze treffen sich zum ersten Male Soldaten beider Nationen. Deutsche Offiziere, die von dort zurückkehren, äussern sich spöttisch, hochmütig und tief durchdrungen von der eigenen Überlegenheit. Niemand glaubt an gute Nachbarschaft, jeder rechnet mit dem Gegenteil.

Knapp zwei Jahre später, wenige Tage nach Eröffnung der Feindseligkeiten, erklärt der damalige Gauleiter Hanke in Berlin einem ausländischen Journalisten nach einem Empfang bei Hitler, der "Führer" sei absolut sicher, dass der Russlandfeldzug nicht länger als zehn, höchstens zwölf Wochen dauern werde. Ein vorsichtiger Hinweis auf die bitteren Erfahrungen Napoleons wird mit schneller Geste weggeschwächt - der Korsar habe weder Panzer noch Flugzeuge gehabt. Hankes Information muss gestimmt haben, laeder hat viel später, im Herbst 1944, ein vertrauliches Memorandum an den Admiral Assmann gesandt, in dem es hiess: "Wie aus vielen Äusserungen und Planungen hervorgeht, rechnete der Führer mit einer grundsätzlichen Beendigung des Ostfeldzuges im Herbst 1941, während das OKW sehr skeptisch war."

Im August 1941 fährt die erste Gruppe deutscher Zeitungsleute durch frisch eroberte russische Gebiete. Unter den hässlichsten Schlägen der deutschen Armes flutet die russische Front zurück. Endlose Gefangenensch

Kolonnen kommen den deutschen Autos durch Staubwolken und sengende Hitze entgegen. Ein erstes Gefangenelager wird besichtigt, fremde Welten sehen sich an. Wieder wird - man hat uns sehr plastisch davon berichtet - in Gesprächen untereinander und in den "Verhören" der Gefangenen diese peinliche Oberhoheit auf Tritt und Schritt sichtbar. Die Russen, staunend und verängstigt, schweigen. Nur ein General sagt leise und mit kaum merklichem Lächeln, als man ihn nach seiner Ansicht über die Aussichten seines Landes fragt: "O, Russland ist gross. Sie werden es noch erfahren. Sie stoßen ganz am Anfang." Bei den Deutschen lächelndes Kopfschütteln über den Narren. Die Fahrt geht weiter. Ein Beamter aus dem Propagandaministerium erklärt dem neben ihm sitzenden Zeitungsmann mit weit ausschlagender Armbewegung auf die unendlichen Getreidefelder deutend: "Sehen Sie sich's gut an. Das alles gehört uns und bleibt bei uns. Für Deutschen kommt sehr spät, was Kolonien anlangt, aber noch rechtzeitig genug, um das beste Stück aus dem Kuchen zu bekommen."

Das Datum des 11. Juni 1941 trägt eine "Weisung Nr. 32", Untertitel: Vorbereitungen für die Zeit nach "Barbarossa". Es ist ein Dokument mit der Unterschrift Hitlers und beschäftigt sich in grosser Ausführlichkeit mit der Frage: Was soll geschehen, wenn Russland besiegt ist? - Zehn Tage also vor dem Beginn des Angriffs auf diesen Koloss! ("Barbarossa" war der Deckname für diesen Angriff.) Der Inhalt sind weltweite strategische Wunschbilder und Träumereien, geboren aus einer krankhaft gesteigerten Phantasie und eben jener die Wirklichkeit gänzlich verkennenden Vermessenheit Hitlers.

Im Oktober 1941 erklärt der damalige sogenannte Reichspresseschef Dr. Dietrich, ganz Triumphator, offiziell vor Journalisten: Der Krieg ist jetzt auch im Osten entschieden, der Wind ist zusammengebrochen, was noch kommt, kann nur der endgültigen Liquidierung seiner militärischen Macht dienen. Deutschland ist, zusammen mit seinem italienischen Verbündeten, auf dem europäischen Kontinent von nun an die allein massgebende Macht. - Diese Feststellungen werden getroffen einige Wochen bevor die Fronten endgültig festgefahren sind und in diesem eisigen Winter 1941 zu 1942 in Wahrheit sich die Wende nach der entgegengesetzten Seite hin abzeichnet.

Stalingrad wird Tatsache, nachdem Hitler sich in einer seiner grossspürigen Reden im Berliner Sportpalast bitter darüber beklagt hat, dass das Schicksal ausgerechnet ihm nur "militärische Idioten" als Gegner gegenübergestellt habe, nachdem er von dieser Schicksalsstadt gesagt hat: "Wir haben es ja schon, wir brauchen ja nur ein paar Häuserblocks zu besetzen. Eigentlich könnte ich sagen, Stalingrad ist unser". Wieder einmal verpfändet er sein Wort, dass "es ein Zurück nicht geben" werde. Aber, ob er will oder nicht, das Rad rollt zurück. Die deutschen Heere versuchen, sich vor der unaufhaltsam andrängenden russischen Front an Flussläufen, Surpfrändern und den spärlichen Hügel der östlichen Ebene festzuklammern.

Eines Tages, Ende 1944, erklärt der Sprecher der Wehrmacht vor einem kleinen Kreis: "Nehmen wir einmal wirklich an, die Russen stünden eines Tages auf dem Marktplatz in Insterburg - ich sage nicht, dass es so kommen wird, aber nehmen wir einmal an. Glauben Sie mir, meine Herren, auch das wäre eine Episode. Die Russen werden alles wieder aufgeben müssen,

Der Rückschlag für sie kommt mit absoluter Gewissheit, denn sie sind nicht imstande, ihre bisherigen Erfolge für die Dauer zu realisieren. Wir unsererseits dürfen nur nicht die Nerven verlieren."

Dann kam die grosse Sturmflut über Deutschland. Als die Wasser sich langsam verließen, brachte eine der ersten ausländischen Zeitungen in dem abgelegenen Zufluchtsort ein Photo; ein Haufen aufgewühlter Steine und Erde vor einer Trümmerfassade, zwei herumfliegende, offenbar leere Benzinkanister, zwei russische Soldaten, von denen der eine auf die Stelle deutet, an der, der Unterschrift des Bildes zufolge, die Körper von Adolf Hitler und Eva Braun verbrannten.

Es gibt in der Geschichte keinen zweiten Fall so folgerichtig bestraffter massloser Vermessenheit, widernatürlicher, ja verbrecherischer Hybris. Heute ist ganz Deutschland ein elender, hungernder, feiernder Trümmerhaufen. Kein Land hat jemals einen so tiefen Fall gesehen. In Moskau wird sich die Welt treffen, um über diesen Trümmerhaufen entscheidende Beschlüsse zu fassen. Es ist ganz unwahrscheinlich, dass irgendein Deutscher dabei ein Wort mitreden können. Die Zentralfiguren sind Stalin und Molotow. Ihre arroganten deutschen Gegenspieler endeten durch Zyankali oder durch den Strang. Es ist gut und nützlich, wenn für viele vielleicht auch bitter, sich in diesem Tage diese Zusammenhänge ins Gedächtnis zurückzurufen.

Grundlagen deutscher Verwaltung

von Dr. Gerhard Schulz-Wittmann, Birolfeld

Es ist an der Zeit, dass ohne Empfindlichkeit und nur nach sachlichen Gesichtspunkten geprüft wird, was das deutsche Volk als Gesamtheit einer über kurz oder lang einzusetzenden deutschen Regierung zur Verwaltung und zum Neuaufbau Deutschlands zu treuen Händen zu geben vermag, was es selbst tun kann und was vielleicht in den Ländern getan werden müsste. Die Prüfung muss sich auf zwei Hauptgegenstände erstrecken:

Einmal gilt es festzustellen, wie das deutsche Volk seine wirtschaftlichen Kapazitäten einsetzen will. Es ist unbekannt, was die Gläubiger des deutschen Volkes ihm an eigenen wirtschaftlichen Kapazitäten und Grundstoffen in Landwirtschaft und Industrie schliesslich lassen. Ehe dies nicht feststeht, kann ein endgültiger Wirtschaftspfad nicht aufgestellt werden. Auf jeden Fall kann nur an einer Stelle geplant werden und Deutschland kann nicht den einzelnen Gliedern, den Ländern, überlassen, was zum Aufbau einer neuen, freilich völlig veränderten Wirtschaft zu geschehen hat. Die Produktion erfolgt nicht gleichmässig in allen Ländern, sondern die verschiedenen Produkte haben je nach Lage der Grundstoffe oder Industrien ihre Schwerpunkte in den einzelnen Ländern. Es ergibt sich daraus, dass Verkehr und Fernmeldewesen nur von einer Stelle aus entscheidend beeinflusst werden können, dass auch die Verwendung der Finanzmittel in den das ganze Volk angehenden Dingen der Entscheidung einer zentralen Stelle unterliegen muss und dass die Rechtsgrundlage für die Durchführung des Verfahrens in Deutschland einheitlich sein muss. Dabei kann und soll man sich davor hüten, die Verteilung bis ins Einzelne zentral zu or-

nisieren. Vielmehr sollen an zentraler Stelle nur die Grundsätze festgelegt, die Arbeit in groben Zügen vorgezeichnet und die Voraussetzung und die Sicherheit dafür geschaffen werden, dass das, was für notwendig erachtet wird, auch tatsächlich getan werden kann und allen Deutschen nützt.

Aus der Praxis der Verteilung erscheint es vorzuziehen, dass dafür Sorge getragen wird, dass an keiner Stelle die Arbeit gemacht wird, die von einer anderen Behörde oder Dienststelle bereits geleistet wurde. Durch mangelhafte Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen oder Behörden finden in Länder- und bizonalen Behörden heute Doppelbearbeitungen statt, wodurch eine unverantwortliche Verschwendung an Arbeitskraft und an Geld verursacht wird. Zwar haben die Militärregierungen Verordnungen und Gesetze herausgegeben, die sich mit der Abgrenzung der Zuständigkeiten der Länder und der zentralen Behörden beschäftigen. Sie haben Zuständigkeitskonflikte und Doppelbearbeitungen nicht verhindert. Es sollte daher der Grundsatz festgelegt werden, dass überall im Reichsgebiet, auch in Süddeutschland, Reichsgesetze und reichsgültige Verordnungen solange einer zentralen Behandlung durch den Kontrollrat vorbehalten bleiben, bis durch eine gesamtdeutsche Volksvertretung die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Länder geklärt worden ist.

Es ist für die Zukunft des deutschen Volkes nicht günstig, wenn einzelne Länder Europas ohne den Nachweis der Richtigkeit zu erbringen, behaupten, das Reich existiere nicht, und seine früheren Rechte seien auf die Länder automatisch übergegangen, die nun von sich aus entscheiden könnten, welche Zuständigkeiten sie wieder herausgeben wollen. Die Verwaltungsgesinnung, welche die Länder im Verhältnis von sich zu ihren nachgeordneten Stellen als selbstverständlich voraussetzen, müssen natürlich auch die zentralen Behörden von den Länderdienststellen in Sachen Gesamtdeutschlands erwarten dürfen. Und vor allem muss das deutsche Volk seinen durch die Wahl politischer Parteien eindeutig zum Ausdruck gebrachten Willen respektiert wissen, über kurz oder lang in einem Reichsparlament selbst zu bestimmen, welche Funktionen es sich und seinen zentralen Stellen oder den Ländern zuweist.

Solche Forderungen sind ein Gebot der Sparsamkeit an Menschen und Geld, und es wird notwendig sein, den Zwang zur Sparsamkeit vor Sentiments oder länderzentralistische Wünsche zu stellen. Schon ein reiches Volk könnte sich einen aufgeblähten Beamtenapparat, den Deutschland zur Zeit in zonalen und bizonalen Länderbehörden besitzt, nicht leisten. Ein armes Volk aber, wie es das deutsche ist, dessen Armut wahrscheinlich erst nach einer Regelung der Ernährungsfragen richtig zum Bewusstsein kommen wird, hat keine Wahl, den Wünschen seiner einzelnen Glieder viel Spielraum zu lassen oder eine grosse, wasserköpfige Zentralverwaltung aufzubauen. Dieser Grundsatz gilt auch, wenn mit der Frage der Sozialisierung die Frage der Bürokratisierung auftaucht, die jedoch keinesfalls ursächlich miteinander verknüpft ist. Das deutsche Volk wird viel Sinn für Zweckmässigkeit und Einfachheit aufbringen müssen und wird dabei begreifen, dass es oft nützlich und besser ist, auf überkommene Regierungs- und Verwaltungsformen zu verzichten, wenn neue Institutionen und eine vernünftige Ordnung der Gewalten eine sparsamere und dabei leistungsfähigere Staatsführung ermöglichen.

(b/B48/262/1/he.

Leitstelle zum Frieden

F. S. Was in Deutschland für die Wiederherstellung des Friedens in der Welt und für die Schaffung eines Vertrages getan wird, der wirklich den Namen eines Friedensvertrages verdient, kann nicht ernsthaft und nicht sorgfältig genug getan werden und die an diesem Werke sind, dürfen es nicht anders sehen als eine Verpflichtung und ihr Tun als einen Dienst, hinter dem sie selbst vollkommen zurücktreten haben. Es gab bald nach dem Zusammenbruch des Naziregimes in Deutschland Kreise oder doch einzelne Personen, die solche Grenzen anstrebten, in denen "Vorbereitungen für den Friedensvertrag" getroffen wurden. Sie waren privater Natur, aber sie nahmen hier und dort auch den Charakter einer offiziellen und halbamtlichen Dienststelle an ohne es zu sein. Der Schein trug. Es besteht die Gefahr, dass diese Poststellung auch in anderer Beziehung gültig war und ist. Die Arbeiten für den künftigen Frieden dürfen nicht aus dem Willen getan werden, heimlich etwas zu erstreben, was das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte. Alles Material, das freilich in eifriger Arbeit schnellstens zusammengetragen werden muss, alle Überlegungen und alle Manifestationen dürfen nur von der reinen und unbestechlichen Absicht getragen sein, von deutscher Seite beizutragen, was irgend beizutragen möglich ist, um einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit zu erreichen.

Wer diese Arbeit in die Hand nimmt, darf nicht den Verdacht erwecken, dass er mit verdeckten Karten spielt und bestrebt sei, etwa Methoden der aussenpolitischen Praxis wieder zu aktualisieren, die nicht erst seit 1933, sondern lange vorher von der politischen Rechten in Deutschland etwa gegenüber dem Dawes- und dem Youngplan, gegenüber dem Vertrag von Locarno und anderen internationalen Vereinbarungen für angebracht gehalten wurden. Es kommt sehr viel darauf an, wie die Gegenseite den Partner sieht, mit dem sie zu sprechen haben wird. Die Sozialdemokratie hat nicht den Wunsch, sich mit der Bürde der Verantwortung für einen Friedensvertrag zu belasten, der für Deutschland untragbar wäre, weil er weder recht noch gerecht sein würde. Aber sie weiß, dass sie aussenpolitisch gesehen die stärkste Potenz Deutschlands ist und ist willens, dieses Gewicht für eine bessere Zukunft Deutschlands und Europas in die Waagschale zu legen, behutsam, aber mit dem Ernst, mit dem sie an die Aufgabe herangetreten ist, aus den Trümmern der nationalistischen Politik ein neues Deutschland zu errichten.

Die "Leitstelle für die Vorbereitungsarbeiten zum Friedensvertrag für Deutschland", die auf Grund eines Beschlusses der Länder in der britisch und amerikanisch besetzten Zone Deutschlands jetzt gebildet wurde und die ihre Arbeiten in Frankfurt am Main unter der Leitung des Staatssekretärs Dr. Eberhardt (bisher im württembergischen Staatsministerium mit ähnlichem Auftrag tätig) aufgenommen hat, übernimmt keine politische Aufgabe. Sie wird vielmehr Material zu sammeln und zu sichten haben, Untersuchungen anregen und fördern müssen, sie wird alles zu tun haben, was eine korrekte und zutreffende Information der Männer und Frauen aus allen Ländern ermöglicht, die über den Friedensvertrag beraten werden. Eine deutsche Stellungnahme ist mit dieser Arbeit nicht verbunden. Sie würde einem politischen Gremium obliegen, das aus freier Wahl hervorgehen müsste, einer Reichsregierung oder wie immer man die Spitze zu nehmen gewillt ist, die einmal den politischen Willen des deutschen Volkes zu repräsentieren und über das deutsche Schicksal zu entscheiden haben wird. (rv/2/282/2/he)

Wieder "Hoover-Moratorium"?

Zum zweiten Male innerhalb von gut fünfzehn Jahren hat der gleiche Mann, Herbert Hoover, für Deutschland ein grosszügiges Moratorium vorgeschlagen. Das internationale Aufsehen, das sein Rat hervorgerufen hat, alle Reparationsleistungen bis zur Rückzahlung von fast einer Milliarde Dollar künftiger britisch-amerikanischer Aufwendungen für Lebensmittellieferungen nach Deutschland auszusetzen, erinnert lebhaft an die Wirkung jenes ersten Hoover-Moratoriums vom 1. Juli 1931.

So grundverschieden die Voraussetzungen, Begleitumstände und Ziele des damaligen und des heutigen Planes im einzelnen sein mögen - in der Erkenntnis sind sie sich gleich, dass es notwendig ist, einer akuten Krise die schlimmsten Härten zu nehmen. Dabei lässt sich die damalige deutsche Situation nur im Prinzip, nicht im Umfang der Katastrophe mit der heutigen vergleichen. Das erste Hoover-Moratorium war die internationale Reaktion auf die Auswirkungen der damaligen Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland einen ersten Höhepunkt in dem Sturm der ausländischen wie der inländischen Gläubiger auf die Banken und Kassen hatte. Schon am 21. Juni 1931 hatte angesichts dieser Verhältnisse der damalige Präsident der USA Hoover ein Schuldenfeierjahr für Kriegsschulden und Reparationen vorgeschlagen, das dann schliesslich am 1. Juli beschlossen wurde und bis zum 30. Juni 1932 die Zahlung von Reparationsleistungen in Höhe von 1,64 Mrd. Mark aussetzte. Nur der Zinsendienst aus der Dawes- und Young-Anleihe und andere kleine Zahlungen mussten weiter geleistet werden. Zunächst war die spätere Rückzahlung der gestundeten Beträge im Laufe von zehn Jahren ab 1933 vorgesehen, ein endgültiger Verzicht auf die Reparationen erfolgte aber schon durch das Lausanner Abkommen vom Sommer 1932 - auch hier mit Ausnahme einer Reihe von besonderen Verpflichtungen, darunter die Zahlung von drei Milliarden Reichsmark in Form von Reichsschuldverschreibungen.

Der wesentlichste politische Unterschied zu damals, der vor allem für die Gegenseite von grösster Bedeutung ist, besteht in der Tatsache, dass heute die verbündeten Alliierten ganz Deutschland besetzt haben, es für lange Jahre, vielleicht Jahrzehnte, auch weiter unter strengster Kontrolle halten werden, dass jede einigermaßen wichtige politische oder wirtschaftliche Massnahme nur mit ihrer Zustimmung getroffen werden kann, so dass sie also in jeder Hinsicht gegen Entwicklungen gesichert sind, die mit ihren eigenen politischen Absichten nicht in Einklang stehen. (w/1/282/1/ha)

Verantwort